

Die US-Friedensorganisation CODEPINK fordert eine drastische Kürzung der Ausgaben für die Polizei und die US-Streitkräfte.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 047/20 – 22.06.20

Kürzt die Ausgaben für die Polizei, kürzt die Ausgaben für das Militär!

Von Medea Benjamin und Nicolas J. S. Davies
CODEPINK, 09.06.20

(https://www.codepink.org/defund_the_police_defund_the_military)



Am 1. Juni hat Präsident Trump damit gedroht, das US-Militär gegen friedliche Black-Lives-Matter-Demonstranten in Städten überall in den USA einzusetzen. Trump und die Gouverneure einzelner US-Bundesstaaten haben – über das ganze Land verteilt – mindestens 17.000 Nationalgardisten aufmarschieren lassen [s. dazu auch <https://www.militarytimes.com/news/your-military/2020/06/01/national-guard-civil-unrest-update-more-than-17000-troops-in-23-states-and-dc-activated/>]. Die Hauptstadt Washington ließ Trump von Tausenden von Nationalgardisten aus sechs Bundesstaaten [s. <https://www.msn.com/en-us/news/us/hundreds-of-utah-national-guard-soldiers-deployed-in-washington-dc-to-quell-protests/ar-BB14VuqZ>] und mindestens 1.600 Militärpolizisten und aktiven Soldaten der 82nd Air Born Division mit neun Blackhawk-Kampfhubschraubern besetzen; die Soldaten wurden mit einem schriftlichen Befehl angewiesen, ihre Bajonette aufzupflanzen [s. <https://wallstreetonparade.com/2020/06/donald-trump-orders-up-his-own-praetorian-guard-including-black-hawk-helicopters-and-the-82nd-airborne-with-bayonets/>].

Nach einer Woche widersprüchlicher Anordnungen, während der Trump 10.000 Soldaten für die Hauptstadt anforderte, wurde die aktive Truppe am 5. Juni zurück in ihre Basen in North Carolina und New York beordert, weil bei den friedlichen Protesten der Einsatz militärischer Gewalt offensichtlich überflüssig, gefährlich und unverantwortlich gewesen wäre. Die US-Bürger waren durch das Auftauchen schwer bewaffneter Soldaten, die Straßen in Kampfzonen verwandelten, und durch den Einsatz von Tränengas, Gummigeschossen

und gepanzerten Fahrzeugen geschockt. Sie waren auch entsetzt, wie leicht es für Präsident Trump war, eigenmächtig eine derartige Streitmacht zu mobilisieren.

Wir sollten allerdings nicht überrascht sein. Denn wir haben unserer korrupten herrschenden Klasse erlaubt, die bedrohlichste Kriegsmaschinerie der Geschichte aufzubauen und sie einem unbeherrschten und völlig unberechenbaren Präsidenten zu überlassen. Als gegen die Brutalität der Polizei Protestierende die Straßen der USA überschwemmen, fühlte sich Trump dazu ermächtigt, diese Kriegsmaschinerie auch gegen uns Bürger einzusetzen – und er könnte es sehr wohl noch einmal tun, wenn es vor der Wahl im November erneut zu Demonstrationen kommt.

Die US-Bürger können sich jetzt vielleicht eher vorstellen, was das US-Militär und seine Verbündeten in anderen Staaten anrichten – im Irak, in Afghanistan im Jemen und in Palästina – und wie die Menschen im Iran, in Venezuela, in Nordkorea und in anderen Ländern unter den Drohungen, Überfällen und Bombenangriffen der US-Streitkräfte zu leiden haben [s. dazu auch <https://www.telesurenglish.net/news/72nd-UN-General-Assembly-Gets-Underway-20170919-0007.html>].

Die letzten Gewaltakte gegen Afroamerikaner sind nur eine weitere Eskalation des unerschwelligeren Krieges, den die Polizei und das Militär der USA seit Jahrhunderten gegen sie führen. Von den Schrecken der Sklaverei, über das "Verleihen" schwarzer Strafgefangener nach dem Bürgerkrieg [s. <https://ejournal.org/news/history-racial-injustice-convict-leasing/>] und die Rassentrennung durch die Jim-Crow-Gesetze (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Jim_Crow_laws) bis zur heutigen Massenkriminalisierung, Masseninhaftierung und Drangsalierung durch die militarisierte Polizei – in den USA wurden Afroamerikaner immer so behandelt, als gehörten sie zu einer Unterklasse, die nur zum Ausbeuten da ist und mit der dazu notwendigen Gewalt und Brutalität "in ihrer untergeordneten Position" gehalten werden muss.

Auch heute noch laufen schwarze Amerikaner mindestens viermal häufiger Gefahr, von der Polizei erschossen zu werden, als weiße Amerikaner [s. <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-52877678>] und landen sechsmal häufiger im Gefängnis. Schwarze Autofahrer werden dreimal häufiger von der Polizei kontrolliert, als weiße und zweimal häufiger nach Verkehrskontrollen festgenommen [s. <https://www.sentencingproject.org/publications/un-report-on-racial-disparities/>], obwohl die Polizei häufiger Diebesgut oder Drogen in Autos von Weißen findet. Das geschieht nur, weil die Polizei und das ganze System der Strafverfolgung zutiefst rassistisch sind, vor allem afroamerikanische Männer aufs Korn nehmen und die US-Polizei zunehmend militarisiert und vom Pentagon bewaffnet wird [s. <https://www.sentencingproject.org/publications/un-report-on-racial-disparities/>].

Die rassistische Verfolgung endet nicht, wenn Afroamerikaner aus dem Gefängnis entlassen werden. 2010 wurde ein Drittel der inhaftierten afroamerikanischen Männer wegen eines Kapitalverbrechens verurteilt [s. <https://www.sentencingproject.org/publications/un-report-on-racial-disparities/>], was die Suche nach Jobs und Wohnungen und die Beantragung von Studienbeihilfen oder Unterstützungsprogrammen wie SNAP (Lebensmittelhilfe, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Supplemental_Nutrition_Assistance_Program) erschwert und in einigen Bundesstaaten außerdem den Verlust des aktiven Wahlrechtes zur Folge hat. Schon mit der ersten Personen- oder Verkehrskontrolle beginnt für afroamerikanische Männer häufig ein Verfolgungsprozess, der sie dauerhaft zu Staatsbürgern zweiter Klasse macht und in die Armut zwingt.

Nicht nur im Iran, in Nordkorea oder in Venezuela leiden Menschen wegen der brutalen US-Wirtschaftssanktionen unter Armut und Hunger und sterben an eigentlich heilbaren Krankheiten [s. <https://www.theguardian.com/world/2020/mar/31/us-ignores-global-ap->

[peals-suspend-sanctions-coronavirus-pandemic-iran-venezuela](#)]. Auch in den USA selbst hat der systemische Rassismus vergleichbare Auswirkungen [s. <https://inequality.org/facts/racial-inequality/>]. Auch Afroamerikaner leben häufig in außergewöhnlicher Armut, die Säuglingssterblichkeit ist bei ihnen doppelt so hoch wie bei Weißen [s. <https://www.kff.org/other/state-indicator/infant-mortality-rate-by-race-ethnicity/?currentTimeframe=0&sortModel=%7B%22colId%22:%22Location%22,%22sort%22:%22asc%22%7D>], und die überwiegend von Schwarzen besuchten Schulen werden so sehr benachteiligt, als sei die Segregierung legal [s. dazu auch http://blogs.edweek.org/teachers/living-in-dialogue/2011/07/time_to_get_off_our_knees_why.html]. Diese bestehenden Unterschiede in der Gesundheitsfürsorge und im Lebensstandard scheinen auch der Hauptgrund dafür zu sein, dass Afroamerikaner mehr als doppelt so häufig an COVID-19 sterben wie weiße US-Amerikaner [s. <https://www.apmresearchlab.org/covid/deaths-by-race>].

Die Welt vom Neokolonialismus befreien

Während der in den USA geführte Krieg gegen die schwarze Bevölkerung jetzt für die ganze Welt sichtbar wird, bleiben die Opfer der US-Kriege im Ausland weiterhin fast unbenutzt. Trump hat die entsetzlichen Kriege, die er von Obama geerbt hat, weiter eskaliert und in seinen drei bisherigen Regierungsjahren mehr Bomben und Raketen eingesetzt [s. <https://www.afcent.af.mil/Portals/82/Airpower%20Summaries/Feb%202020%20Airpower%20Summary%20FINAL.pdf?ver=2020-03-12-021511-537>], als George W. Bush oder Obama in ihrer gesamten ersten Amtszeit [s. <https://www.mintpressnews.com/obamas-bombing-legacy/224220/>].

Die US-Bürger sehen nicht, welchen verheerenden Schaden die explodierenden Bomben anrichten [s. dazu auch <https://www.gettyimages.de/fotos/airstrike?family=editorial&phrase=airstrike&sort=mostpopular>]. Sie kriegen auch die toten und verstümmelten Körper und die Ruinen nicht zu sehen, die US-Bomben hinterlassen [s. <https://www.cbsnews.com/pictures/images-of-war-casualties-of-war/2/>]. Die US-Öffentlichkeit diskutiert allenfalls über die Kriegsoffer der USA, weil sie aus unseren Familien stammen oder unsere Nachbarn sind oder waren. Nicht nur das Leben Schwarzer und Weißer in den USA wird mit zweierlei Maß gemessen, auch das Leben der US-Soldaten und der Millionen Opfer der US-Kriege in anderen Staaten, die durch ihre Waffen sterben [s. https://www.codepink.org/counting_the_dead_through_the_fog_of_war_in_afghanistan].

Wenn sich pensionierte Generäle nur dagegen aussprechen, dass Trump aktive US-Truppen auf den Straßen der USA einsetzt, messen auch sie mit zweierlei Maß. Obwohl die US-Streitkräfte mit dem vielen Geld, das sie uns kosten, nur Menschen in anderen Ländern umbringen, ohne auch nur einen einzigen ihrer schrecklichen Kriege zu "gewinnen", haben sie in der US-Bevölkerung immer noch einen erstaunlich guten Ruf und bleiben bisher von der wachsenden öffentlichen Verachtung für andere staatliche Institutionen verschont.

Die Generäle Mattis und Allen [s. <https://ktvz.com/politics/2020/06/04/military-leaders-condemn-trump-over-protest-response/>], die dagegen protestierten, dass Trump US-Truppen gegen friedliche Demonstranten eingesetzt hat, wissen sehr wohl, dass der "gute Ruf" der US-Streitkräfte gefährdet wäre, wenn auch US-Bürger im eigenen Land deren Brutalität zu spüren bekämen.

Wenn wir die Verkommenheit der US-Polizei kritisieren und die Kürzung der für sie ausgegebenen Gelder verlangen, müssen wir auch die verbrecherische US-Außenpolitik anprangern und die Kürzung des Pentagon-Budgets fordern. Die US-Kriege gegen Menschen in anderen Staaten werden aus den gleichen rassistischen Motiven und wegen der gleichen wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Klasse geführt, wie der Krieg gegen die Afro-

amerikaner in unseren Städten. Schon viel zu lange haben wir zugelassen, das uns zynische Politiker und gierige Manager spalten und beherrschen, und dass die Polizei und das Pentagon das Geld verschleudern, das zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dringend gebraucht würde. Wir dürfen uns nicht länger gegeneinander ausspielen und in Kriege gegen andere Völker hetzen lassen.

Das zweierlei Maß, das die Leben von US-Soldaten über die ihrer Opfer in den überfallenen und bombardierten Ländern stellt, ist ebenso zynisch und todbringend. wie das zweierlei Maß, das die Leben von Weißen über die von Afroamerikanern stellt. Wenn wir "Black Lives Matter" (Auch die Leben von Schwarzen zählen!) rufen, sollten wir die Leben schwarzer und brauner Menschen einschließen, die jeden Tag in Venezuela wegen der US-Sanktionen und im Jemen oder in Afghanistan an US-Bomben sterben – und uns auch an die Leben der Palästinenser erinnern, die von der israelischen Armee mit Tränengas besprüht, geschlagen und mit Waffen beschossen werden, die US-Steuerzahler finanziert haben. Wir müssen bereit sein, uns mit allen Menschen zu solidarisieren, die sich gegen von der US-Regierung gesponserte Gewalt erheben – ob in Minneapolis, New York und Los Angeles oder in Afghanistan, im Iran und in Gaza.

Letzte Woche haben uns Freunde rund um die Welt großartige Beispiele dafür geliefert, wie internationale Solidarität aussieht [s. <https://www.npr.org/2020/05/31/866428272/george-floyd-reverberates-globally-thousands-protest-in-germany-u-k-canada>]. Von London [s. <https://www.independent.co.uk/news/uk/home-news/black-lives-matter-london-george-floyd-protest-demonstration-a9541066.html>] über Kopenhagen und Berlin bis nach Neuseeland, Kanada und Nigeria [s. <http://saharareporters.com/2020/06/02/breaking-nigerians-protest-us-embassy-abuja-over-george-floyds-death>] sind Menschen in Solidarität mit den unterdrückten Afroamerikanern auf die Straßen gegangen. Sie haben verstanden, dass die USA das Zentrum der durch Rassismus geprägten politischen und wirtschaftlichen Weltordnung sind, die auch 60 Jahre nach dem formellen Ende der Kolonialpolitik des Westens immer noch besteht. Sie haben verstanden, dass unser Kampf auch ihr Kampf ist, und wir sollten verstehen, dass ihre Zukunft auch unsere Zukunft ist.

So wie andere uns beistehen, müssen wir auch ihnen beistehen. Gemeinsam müssen wir die Gelegenheit ergreifen, um über Reformen eine echte Systemänderung durchzusetzen – nicht nur in den USA, sondern in allen neokolonialen Weltgegenden, die noch vom US-Militär kontrolliert werden.

(Wir haben den aufrüttelnden Aufruf komplett übersetzt und Links in runden Klammern hinzugefügt. Die Links in eckigen Klammern waren bereits im Originaltext enthalten, den wir anschließend abdrucken. Infos über CODEPINK sind aufzurufen unter <https://www.codepink.org/> .)

CODEPINK

Defund the Police, Defund the Military

by Medea Benjamin and Nicolas J S Davies
Jun 09 2020

On June 1, President Trump threatened to deploy active-duty U.S. military forces against peaceful Black Lives Matter protesters in cities across America. Trump and state governors eventually deployed at least 17,000 National Guard troops across the country. In the nation's capital, Trump deployed nine Blackhawk assault helicopters, thousands of Natio-

nal Guard troops from six states and at least 1,600 Military Police and active-duty combat troops from the 82nd Airborne Division, with written orders to pack bayonets.

After a week of conflicting orders during which Trump demanded 10,000 troops in the capital, the active-duty troops were finally ordered back to their bases in North Carolina and New York on June 5th, as the peaceful nature of the protests made the use of military force very obviously redundant, dangerous and irresponsible. But Americans were left shell-shocked by the heavily armed troops, the tear gas, the rubber bullets and the tanks that turned U.S. streets into war zones. They were also shocked to realize how easy it was for President Trump, single-handedly, to muster such a chilling array of force.

But we shouldn't be surprised. We have allowed our corrupt ruling class to build the most destructive war machine in history and to place it in the hands of an erratic and unpredictable president. As protests against police brutality flooded our nation's streets, Trump felt emboldened to turn this war machine against us—and may well be willing to do it again if there is a contested election in November.

Americans are getting a small taste of the fire and fury that the U.S. military and its allies inflict on people overseas on a regular basis from Iraq and Afghanistan to Yemen and Palestine, and the intimidation felt by the people of Iran, Venezuela, North Korea and other countries that have long lived under U.S. threats to bomb, attack or invade them.

For African-Americans, the latest round of fury unleashed by the police and military is only an escalation of the low-grade war that America's rulers have waged against them for centuries. From the horrors of slavery to post-Civil War convict leasing to the apartheid Jim Crow system to today's mass criminalization, mass incarceration and militarized policing, America has always treated African-Americans as a permanent underclass to be exploited and "kept in their place" with as much force and brutality as that takes.

Today, Black Americans are at least four times as likely to be shot by police as white Americans and six times as likely to be thrown in prison. Black drivers are three times more likely to be searched and twice as likely to be arrested during traffic stops, even though police have better luck finding contraband in white people's cars. All of this adds up to a racist policing and prison system, with African-American men as its prime targets, even as U.S. police forces are increasingly militarized and armed by the Pentagon.

Racist persecution does not end when African-Americans walk out the prison gate. In 2010, a third of African-American men had a felony conviction on their record, closing doors to jobs, housing, student aid, safety net programs like SNAP and cash assistance, and in some states the right to vote. From the first "stop and frisk" or traffic stop, African-American men face a system designed to entrap them in permanent second-class citizenship and poverty.

Just as the people of Iran, North Korea and Venezuela suffer from poverty, hunger, preventable disease and death as the intended results of brutal U.S. economic sanctions, systemic racism has similar effects in the U.S., keeping African-Americans in exceptional poverty, with double the infant mortality rate of whites and schools that are as segregated and unequal as when segregation was legal. These underlying disparities in health and living standards appear to be the main reason why African-Americans are dying from Covid-19 at more than double the rate of White Americans.

Liberating a neocolonial world

While the U.S. war on the black population at home is now exposed for all of America--and

the world--to see, the victims of U.S. wars abroad continue to be hidden. Trump has escalated the horrific wars he inherited from Obama, dropping more bombs and missiles in 3 years than either Bush II or Obama did in their first terms.

But Americans don't see the terrifying fireballs of the bombs. They don't see the dead and maimed bodies and rubble the bombs leave in their wake. American public discourse about war has revolved almost entirely around the experiences and sacrifices of U.S. troops, who are, after all, our family members and neighbors. Like the double standard between white and black lives in the U.S., there is a similar double standard between the lives of U.S. troops and the millions of casualties and ruined lives on the other side of the conflicts the U.S. armed forces and U.S. weapons unleash on other countries.

When retired generals speak out against Trump's desire to deploy active-duty troops on America's streets, we should understand that they are defending precisely this double standard. Despite draining the U.S. Treasury to wreak horrific violence against people in other countries, while failing to "win" wars even on its own confused terms, the U.S. military has maintained a surprisingly good reputation with the U.S. public. This has largely exempted the armed forces from growing public disgust with the systemic corruption of other American institutions.

Generals Mattis and Allen, who came out against Trump's deployment of U.S. troops against peaceful protesters, understand very well that the fastest way to squander the military's "teflon" public reputation would be to deploy it more widely and openly against Americans within the United States.

Just as we are exposing the rot in U.S. police forces and calling for defunding the police, so we must expose the rot in U.S. foreign policy and call for defunding the Pentagon. U.S. wars on people in other countries are driven by the same racism and ruling class economic interests as the war against African-Americans in our cities. For too long, we have let cynical politicians and business leaders divide and rule us, funding police and the Pentagon over real human needs, pitting us against each other at home and leading us off to wars against our neighbors abroad.

The double standard that sanctifies the lives of U.S. troops over those of the people whose countries they bomb and invade is as cynical and deadly as the one that values white lives over black ones in America. As we chant "Black Lives Matter," we should include the lives of black and brown people dying every day from U.S. sanctions in Venezuela, the lives of black and brown people being blown up by U.S. bombs in Yemen and Afghanistan, the lives of people of color in Palestine who are tear-gassed, beaten and shot with Israeli weapons funded by U.S.-taxpayers. We must be ready to show solidarity with people defending themselves against U.S.-sponsored violence whether in Minneapolis, New York and Los Angeles, or Afghanistan, Gaza and Iran.

This past week, our friends around the world have given us a magnificent example of what this kind of international solidarity looks like. From London, Copenhagen and Berlin to New Zealand, Canada and Nigeria, people have poured into the streets to show solidarity with African-Americans. They understand that the U.S. lies at the heart of a racist political and economic international order that still dominates the world 60 years after the formal end of Western colonialism. They understand that our struggle is their struggle, and we should understand that their future is also our future.

So as others stand with us, we must also stand with them. Together we must seize this moment to move from incremental reform to real systemic change, not just within the U.S.

but throughout the racist, neocolonial world that is policed by the U.S. military.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern